

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernspruch - Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für die Anzeigen- und die Annoncen-Abteilung entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernspruch - Anschluss Nr. 23.

Ergramme: Erzgebirg Anzeiger.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 1000 Auer Leipzig Nr. 1926

Nr. 203

Mittwoch, den 1. September 1926

21. Jahrgang

Vorbereitungen in Genf.

Die französischen Vorschläge.

Genf, 30. Aug. In drei Punkten will der französische Antrag die Wahlbeschlüsse der Studienkommission abändern. Zwei Punkte sind einfach und klar.

Die Revisionsklausel soll fallen,

das heißt das Recht der Versammlung, schon vor Ablauf der dreijährigen Frist sämtliche nichtständigen Ratsmitglieder zu kassieren und zu Neuwahlen zu schreiten. Und dann soll durch das Los bestimmt werden, welches Drittel der neu in der ersten Abstimmung gewählten Ratsmitglieder nach einem, nach zwei, nach drei Jahren ausscheiden solle. Das sind zwei völlig klare Vorschläge, die wohl auch nicht auf große Opposition stoßen werden. Anders steht es mit dem dritten, der Frage der

Wiederwählbarkeit.

Hier hat die französische Formulierung eine scharfe italienisch-polnische Kritik hervorgerufen. Nach den Wahlbeschlüssen kann ein Ratsmitglied nur wiedergewählt werden, wenn es während seiner Mandatszeit oder nach Ablauf seines Mandats mit Zweidrittelmehrheit für wiederwählbar erklärt wird. Fromageots Vorschlag fügt eine neue Möglichkeit hinzu: Die Wiederwahl kann auch dann erfolgen, wenn der Staat schon bei seiner ersten Wahl mit Zweidrittelmehrheit für wiederwählbar erklärt wird.

Fromageots Vorschlag

ist eine Erweiterung des Mandats. Er will, daß die sofortige Bezeichnung der Wiederwählbarkeit in Artikel 4 der Völkerbundsstatuten in die Statuten übernommen werden. Sibborg-Schweden hat sich entschieden gegen den französischen Antrag, der eine Abänderung eines bereits anerkannten Grundgesetzes bedeute und die Gleichberechtigung aller Völkerbundsstaaten in Frage stellen würde. Scialoja erklärte, der Antrag werde praktisch dazu führen, daß schließlich alle Staaten als wiederwählbar erklärt werden könnten. Fromageot führte aus, theoretisch könne die diesjährige Völkerbundsversammlung drei Staaten als wiederwählbar bezeichnen und die nächstjährige Versammlung wiederum drei Staaten. Praktisch würde das letztere jedoch nur schwierig durchführbar sein. Braucere-Belgien kritisierte Einzelheiten der von Frankreich vorgeschlagenen Lösung. Scialoja erklärte, er sei mit Rücksicht auf die politische Seite der Frage zu dem Jugeständnis bereit, daß in ganz besonderen Ausnahmefällen die Wiederwählbarkeit bereits bei der ersten Wahl ausgesprochen werden könne. Guani-Uruguay kam auf den bereits im Mai gestellten Antrag zurück, drei nichtständige Ratsmitglieder den lateinamerikanischen Staaten zu erteilen. Der Antrag wurde auf Wunsch Mottas bis zur Erörterung der Gesamtzahl der nichtständigen Ratsmitglieder zurückgestellt. Lord Robert Cecil bat Guani, seinen Antrag nochmals einer genaueren Prüfung zu unterziehen, da es zweifelhaft erscheine, ob der Ausschuss ihm voll entsprechen könne.

Nach längerer Aussprache über die Tragweite des französischen Abänderungsvorschlages zu Artikel 2, der sich in erster Linie auf die Frage der sofortigen Be-

zeichnung der Wiederwählbarkeit von Ratsmitgliedern bezieht, beschloß in der heutigen Nachmittagsitzung der Prüfungsausschuss auf Antrag Mottas und Lord Robert Cecil

einen Unterausschuss einzusetzen,

der den ursprünglichen Vorschlag des Prüfungsausschusses vom Mai d. J. und den französischen Abänderungsvorschlag weiterberaten und grundsätzlich wie auch redaktionell miteinander in Einklang bringen soll. Der Antrag Mottas, zunächst eine Neuherausgabe des Wahlausschusses darüber herbeizuführen, ob die sofortige Bezeichnung der Wiederwählbarkeit zulässig sei, wurde auf Wunsch des englischen Vertreters fallen gelassen. Der Unterausschuss besteht aus Scialoja-Italien, Braucere-Belgien, Soal-Polen, Sibborg-Schweden, Guani-Uruguay, Cecil-England, Fromageot-Frankreich, v. Hoersch-Deutschland und Motta-Schweiz. Der Unterausschuss wird morgen vormittag zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentreten. Die Einberufung des Vollausschusses ist noch nicht festgesetzt.

Die Langerfrage von Genf getrennt.

Im heutigen Ministerrat gab der Außenminister einen Bericht über die internationale Lage. Er erwähnte, a. aus, daß Italien im Falle der Einberufung einer Langerkonferenz als Signatarmacht besternte sein müsse. Jedenfalls sei

die Langerfrage vollständig getrennt von der Frage der Völkerbundsstatute

zu behandeln. Die italienische Delegation in Genf habe feste Instruktionen erhalten, wenn diese auch elastische Grenzen hätten, um gegebenenfalls unvorhergesehenen Situationen begegnen zu können.

London, 30. Aug. In der heutigen Unterhaus-Sitzung erklärte der Staatssekretär des Außenwesens, Sir Austen Chamberlain, in Erwiderung auf eine an ihn gerichtete Frage: Die Regierung hat die spanische Note betreffend Langer beantwortet und erklärt, sie könne einer Einberufung Langers in die spanische Zone nicht zustimmen, sei jedoch bereit, gemeinsam mit der französischen und spanischen Regierung die Bedingungen zu erörtern, unter denen die Zustimmung der Mächte, die bisher die Langerkonvention nicht angenommen haben, erreicht werden kann. Bei einer solchen Erörterung würde es der spanischen Regierung freistehen, ihre Ansichten unter gebührender Beachtung der bestehenden Verträge und Vereinbarungen darzulegen. Seiner Meinung nach sei die Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf nicht ein geeigneter Platz für eine solche Erörterung. Zweckmäßigerweise würde auch eine Erörterung unter den von ihm bezeichneten Mächten eine Vorverhandlung für Erörterungen mit anderen Mächten sein.

Die Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genf noch ungewiß.

Wie den Blättern mitgeteilt wird, sind bezüglich der Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genf noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden. Die bisher in der Öffentlichkeit genannten Namen seien größtenteils leere Kombinationen.

Blutige Zusammenstöße in Großbeeren.

In Großbeeren kam es nach einer Feier zur Erinnerung an die Schlacht von Großbeeren zu Zusammenstößen, bei denen Angehörige rechtsstehender Verbände Reichsbannerleute von Fahrdauern heruntergerissen und geschlagen haben sollen. Zwei Landjäger hätten dabei einseitig Partei genommen. Mitglieder der rechtsstehenden Organisationen hätten mit Totschlägern, Schlagringen und Messern gearbeitet. Drei Personen seien erheblich verletzt worden.

Das Ausführungsgesetz zum Artikel 48.

Zu der Meldung, daß der Reichsminister des Innern Dr. Kütz den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung an das Reichsjustiz- und an das Reichswehrministerium gesandt habe, heißt das „Berliner Tageblatt“, daß es sich nur um eine Referentenarbeit handle, in der der Reichsminister des Innern lediglich eine Grundlage für die Verhandlungen mit dem Reichsjustiz- und dem Reichswehrministerium erblicke. Eine bindende Neuherausgabe des Reichsministers des Innern könne erst nach den Verhandlungen mit den erwähnten beiden Reichsministerien erfolgen.

Amerikareise des Reichsministers a. D. Koch.

Reichsminister a. D. Koch tritt am Dienstag eine Studienreise nach Amerika an, die ihn zunächst nach Kanada führen wird. Er wird etwa eine Woche in Quebec bleiben, dann in der kanadischen Provinz Manitoba einige deutsche Siedlungen besichtigen und sich darauf nach Vancouver begeben. Die Rückreise nach Europa wird von San Francisco über Chicago nach New York führen. Zu Beginn der Reichstagsitzungen wird er wieder in Berlin eintreffen.

Ein Verfahren wegen Ministerbeleidigung.

Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge hat die Oberstaatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur des „Deutschen Tageblattes“, Hans Stelter, wegen eines Artikels des Reichstagsabgeordneten von Reventlow, in dem Reichskanzler Dr. Marx, Minister des Außenwesens Dr. Stresemann und Reichskanzler a. D. Dr. Luther wegen ihres Eintretens für den Dawesplan als „Haupt-schuldige am Eisenbahnunglück von Leiferde“ bezeichnet werden, Anklage wegen Ministerbeleidigung erhoben.

Italiens Währung.

In Frankreich hat man nun vorerst einmal dem Franktenverfall Einhalt geboten; wie lange dieser Zustand anhalten wird, ist kaum abzusehen, da an eine dauernde Stabilisierung der französischen Währung schon deshalb nicht zu denken ist, weil der Staatshaushalt unter ganz anderen Voraussetzungen aufgebaut ist, als es notwendig gewesen wäre. Die italienische Währung ist bisher durchweg in ihrem Schicksal eng verknüpft gewesen. Wenn auch der Sturz des französischen Frankens größere Dimensionen angenommen hat, so scheint doch auch die italienische Lira langsam aber sicher dem Schicksal der Inflation entgegenzugehen. Das ist umso bemerkenswerter, als doch Mussolini durch überaus einschneidende Maßnahmen die italienische Wirtschaft und damit auch die Währung zu beben gezwungen hat. So ist es verständlich, daß dieser langame Währungsverfall der italienischen Regierung erste Sorgen bereitet. Die Presse wird streng überwacht, und auch das Parlament hat nur eine untergeordnete Bedeutung, sobald sich die öffentliche Meinung auch aus den Parlamentsdebatten kein richtiges Bild über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft, mit der die Währung eines Landes immer eng verbunden ist, machen kann. Immerhin lassen sich aus den häßlichen Nachrichten, die durchdringen, die Schlussfolgerungen ziehen, daß trotz der diktatorischen Bestimmungen die Lage der italienischen Finanzen nur allzu rosig erschien, und daß damit auch die Währung nur auf sehr schwachen Füßen stehen muß. Zwar wird von der Regierung behauptet, daß der Staatshaushalt ein Mehr von etwa 1200 Millionen aufweise. Ferner seien die ausländischen Schulden systematisiert, somit wäre, besonders in Anbetracht dessen, daß der Rotenlauf eingeschränkt worden sei, nur die passive Handelsbilanz schuld an dem Niedergang der italienischen Währung. Hierüber müssen also zunächst die Betrachtungen und Untersuchungen angestellt werden, wenn man sich ein Urteil darüber bilden will, ob Mussolinis Sanierungsmethoden von Erfolg begleitet sein können. Vor 1914 war die italienische Handelsbilanz mit etwa einer Milliarde passiv; diese Passivität wurde jedoch durch Eingänge aus dem Fremdenbesuch, der Geld ins Land brachte, sowie durch die Rückführung von Ersparrnissen der Auswanderer wieder ausgeglichen, so daß man, wenn man die Zahlungsbilanz der Betrachtung zu Grunde legte, von einer Passivität kaum sprechen konnte. Nach Berechnungen maßgebender Volkswirtschaftler zeigt die jetzige Handelsbilanz eine Passivität von 15 bis 20 Milliarden, während die Regierung allerdings nur etwa 7 Milliarden angibt. Für absehbare Zeit ist mit einer Besserung nicht zu rechnen. Denn die von Mussolini eingeleitete Intensivierung des Anbaues von Getreide wird auch dann, wenn sie wirklich in dem beabsichtigten Ausmaß durchgeführt werden sollte, niemals den gesamten inländischen Konsum befriedigen können, so daß immer noch eine Einfuhr in Betracht kommen würde. Auch der Bedarf an Eisen und Kohle wird nach wie vor zu einem großen Teile durch Einfuhr aus dem Ausland gedeckt werden müssen, obwohl einige Wirtschaftler in Italien allen Ernstes behaupten, daß das in Kürze nicht mehr nötig sei. Zwar hat Italien Braunkohlenlager; auch die großen Hyrtlager bei Cudrona und Grosseio könnten noch besser ausgenutzt werden und damit rentabler wirtschaften, und schließlich würden wohl auch die Erzbestände auf der Insel Elba noch besser ausgenutzt werden können. Aber wenn auch die Erahrung auf chemischem und technischem Gebiet, die in Italien noch nicht auf der Höhe ist, zu Hilfe kommen würde, so bliebe doch noch immer ein Teil des Bedarfs übrig, der vom Ausland bezogen werden müßte. Die Passivität der Handelsbilanz kann somit bestenfalls verringert werden, und auch das nur langsam, niemals aber beseitigt werden. Da ein Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht mehr wie in früherem Umfang in Betracht kommt, so folgt daraus, daß die Hauptursache des Währungsverfalls in absehbarer Zeit nicht ausgeräumt werden kann, obwohl die Regierung alles tut, was in ihren Kräften steht, und sie vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückzuckt. Andererseits hebt sie mittels politisch überspannter Maßnahmen einen guten Teil ihrer Anstrengungen automatisch wieder auf!

Eine gefährliche Sendung.

London, 31. Aug. „Daily News“ meldet: Eine Kiste, die gefährliche Explosivstoffe enthielt und geeignet gewesen wäre, das Parlament in die Luft zu sprengen, ging dem Büro des Glitsauschusses für die Bergarbeiter zu. Die Gefährlichkeit des Inhalts der Kiste wurde aber sofort erkannt und der Inhalt ins Wasser versenkt.

Eine Forderung der Sonntagsruhe für die Presse.

Paris, 30. August. Die Vereinigung elsäß-lothringischer Zeitungsverleger hat auf einer in Strassburg abgehaltenen Versammlung eine Entschließung angenommen und dem Ministerpräsidenten übermittelt, in der für die in der Presse Berufstätigen die Sonntagsruhe gefordert wird.

Keine Unruhen in Madrid.

Madrid, 30. August. Die Agentur Fabra erklärt, daß alle im Ausland verbreiteten Nachrichten, wonach in Madrid Unruhen ausgebrochen seien, jeder Begründung entbehren.